

## Medienmitteilung

### Medienkonferenz NEIN zur „Familieninitiative“ der CVP

## Teuer, unfair und für die Kantone finanziell nicht verkraftbar: „Familieninitiative“ der CVP ist der falsche Weg

**Bern, 12. Februar 2015. Gemeinsam haben sich heute an der Medienkonferenz in Bern vier Regierungsrätinnen aus kantonaler Sicht gegen die CVP-Familieninitiative ausgesprochen. Familien werden heute durch eine Vielzahl von Zulagen und Abzügen schon sehr stark gefördert, die Initiative gefährdet die Gleichbehandlung mit Paaren ohne Kinder. Zudem kommt die Initiative nicht allen Familien zugute, sondern entlastet nur Familien, die es nicht nötig haben, verkompliziert das Steuersystem, unterläuft das Prinzip der Einkommensbesteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ist verantwortlich für Steuerausfälle von mindestens einer Milliarde Franken. Ein JA hätte nicht nur einen unkalkulierbaren Bumerangeffekt für Alle zur Folge, sondern würde zudem ein gefährliches Präjudiz für neue Begehren schaffen, indem die Steuergerechtigkeit von Interessensgruppen als Spielball missbraucht werden würde.**

Heute haben die vier Regierungsrätinnen Beatrice Simon, Ursula Gut, Rosmarie Widmer Gysel und Eva Herzog stellvertretend für die Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren an einer Medienkonferenz erklärt, warum sie die CVP-„Familieninitiative“ am 08. März 2015 wuchtig ablehnen werden.

Bund, Kantone und Gemeinden verfolgen schon jetzt eine soziale Familienpolitik mithilfe von vielfältigen Massnahmen innerhalb und ausserhalb des Steuerrechts. Bei den Kantons- und Gemeindesteuern belaufen sich die Entlastungen für Familien mit Kindern bereits jetzt auf jährlich über zwei Milliarden Franken. Für die Familien wird bereits heute viel gemacht – im Steuerbereich z.B. über die Kinder- und Ausbildungsabzüge. Natürlich stehen die Finanzdirektorinnen hinter einer wirksamen Familienpolitik, diese muss aber in erster Linie die Rahmenbedingungen verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.

### Nicht verkraftbare Steuerausfälle für die Kantone

Die Berner Finanzdirektorin Beatrice Simon bringt es auf den Punkt: Mindestens 88 Millionen Franken würden allein dem Kanton Bern und den bernischen Gemeinden bei einem JA zur CVP-Familieninitiative fehlen. Der Kanton Bern musste bereits Einsparungen in der Höhe von rund 450 Millionen Franken machen. Vor diesem Hintergrund wiegen die drohenden massiven Steuerausfälle noch schwerer. Rosmarie Widmer Gysel, Finanzdirektorin aus Schaffhausen, betonte noch einmal, dass die Steuerausfälle für die Kantone und Gemeinden von mindestens 760 Millionen Franken nicht verkraftbar sind.

### CVP-Familieninitiative ist das falsche Rezept

Für die Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut widerspricht die Familieninitiative einem Grundpfeiler des Schweizer Steuersystems. Dieses orientiert sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aller steuerpflichtigen Personen. Kinder- und Ausbildungszulagen steigern die Leistungsfähigkeit von Familien, weshalb es legitim und notwendig ist, darauf Steuern zu erheben. Die CVP-Familieninitiative unterläuft das Prinzip der Einkommensbesteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein JA würde zudem ein gefährliches Präjudiz schaffen und Tür und Tor für weitere Begehrlichkeiten schaffen und die Steuergerechtigkeit untergraben.

### Gefährlicher und unsozialer Bumerangeffekt

Die Sparmassnahmen und Steuererhöhungen müssten alle bezahlen und in erster Linie die Familien, welche eigentlich entlastet werden sollten. Die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog betonte, dass es nicht angehen kann, dass einkommensstarke Haushalte am meisten profitieren würden, einkommensschwache hingegen kaum oder gar nicht. Zudem führen fehlende Steuereinnahmen zwangsläufig immer zu Sparprogrammen, die Familien mit wenig Einkommen besonders hart treffen. Diese doppelte Bestrafung der tieferen Einkommen ist nicht zulässig und kann nicht im Sinne einer vernünftigen Familienpolitik sein.

Die „Familieninitiative“ der CVP steht völlig quer in der familien- und finanzpolitischen Landschaft. Sie verletzt elementare Grundsätze des Steuersystems, führt zu unfairen Verteilung der Fördergelder, setzt die Kantone unter noch grösseren finanziellen Druck und entzieht dringend benötigtes Geld aus anderen Töpfen. Die Milliarde, welche die CVP verschenken will, würde unweigerlich zu Sparmassnahmen im Bildungsbereich und Steuererhöhungen führen, welche schlussendlich wieder die Familien, aber auch alle anderen treffen würde. Die Finanzdirektorenkonferenz lehnt sie deshalb entschieden ab.

### Auskunft:

Beatrice Simon, Regierungsrätin BE / BDP

Ursula Gut, Regierungsrätin ZH / FDP

Rosmarie Widmer Gysel, Regierungsrätin SH / SVP

Eva Herzog, Regierungsrätin BS / SP

Laura Sadis TI / FDP

Barbara Janom Steiner GR / BDP